

Düsseldorf ist Schlusslicht bei Verkehr der Zukunft



Linie 730 in Düsseldorf (Archivbild): Rheinbahn in der Kritik FOTO: Rheinbahn

Düsseldorf. Greenpeace hat 14 Großstädte mit Blick auf nachhaltige Mobilität untersucht. Düsseldorf schneidet am schlechtesten ab. Die Studie erhöht den Druck auf die Politik. In den Fokus gerät immer stärker die Rheinbahn mit ihren Diesel-Bussen. [Von Arne Lieb](#)

Wegen der hohen Luftverschmutzung droht Düsseldorf ein Fahrverbot für Diesel-Fahrzeuge - eine Studie von Greenpeace erhöht nun den Druck auf die Politik. Die Umweltorganisation hat untersucht, wie stark 14 deutsche Großstädte die Alternativen zum Autoverkehr entwickelt haben und wie hoch die Luftverschmutzung ist. Die NRW-Landeshauptstadt landet auf dem letzten Platz. Das Ergebnis befeuert die ohnehin laufende Debatte, die sich am Donnerstag im Verkehrsausschuss des Stadtrats fortsetzte. Dabei gerät die Rheinbahn wegen ihrer Diesel-Busse immer stärker in den Fokus.

Greenpeace hat verglichen, was die Kommunen gegen eine - so heißt es - "autofixierte" Verkehrspolitik unternehmen. Verglichen wurde zum Beispiel, wie viele Car-Sharing-Fahrzeuge es gibt und wie hoch der Anteil von ÖPNV und Fahrrad am Verkehr ist (Ergebnisse siehe Infobox). Die Spitzenreiter Berlin, München und Köln kommen auf deutlich bessere Werte. Düsseldorf ist der Umweltorganisation zufolge "weit abgeschlagen". Es gebe einen "mangelnden Ehrgeiz" zu klimafreundlicher Mobilität.

Umweltschützer kritisieren Versäumnisse

Die Umweltschützer loben Düsseldorf zwar für die neue Fahrradkampagne und das flexible Ticketsystem der Rheinbahn, sehen aber auf der anderen Seite starke Versäumnisse: Es fehle an direkten Maßnahmen gegen Luftverschmutzung, zudem sei der Bau der Wehrhahn-Linie das viele Geld nicht wert gewesen. Greenpeace zufolge hätte man die 850 Millionen Euro besser anders ins Schienennetz investiert.

Die Kritik trifft Landesregierung und Stadtverwaltung in einer brisanten Lage. Denn das Düsseldorfer Verwaltungsgericht hat angemahnt, dass die Behörden bald einen Plan gegen die Luftverschmutzung vorlegen müssen. Die Stickoxid-Werte liegen über dem Grenzwert, die Belastung bedroht vor allem Menschen an Hauptverkehrsstraßen. Die Richter regen ein Fahrverbot an - falls es keine anderen wirksamen Vorhaben gibt. Ob ein solches Verbot zulässig wäre, muss das Bundesverwaltungsgericht noch klären. In jedem Fall ist der Druck hoch. "Wir müssen schneller werden beim Ausbau des Radverkehrs und der Stärkung von Bus und Bahn", sagt Grünen-Sprecher Norbert Czerwinski.

Politik sieht Rheinbahn in der Pflicht

Die Ampel-Kooperation aus SPD, Grünen und FDP will zunächst vor allem die Rheinbahn in die Pflicht nehmen. Sie will erreichen, dass das Unternehmen schneller auf abgaslose Fahrzeuge mit E-Antrieb umstellt. Bislang verfügt die Rheinbahn fast nur über Dieselsebusse, teilweise in sehr hohen Schadstoffklassen. "Die Rheinbahn muss nachbessern", sagt Manfred Neuenhaus (FDP). Die Pläne von Firmenchef Michael Clausecker gehen der Politik nicht weit genug, mangels Einigung wurde das Thema überraschend im Ausschuss vertagt.

Darüber hinaus sind Politik und Firmenführung nicht einig, wie die Rheinbahn mehr Fahrgäste gewinnen kann. Clausecker will neue Schnellbuslinien setzen. Nach Infos unserer Redaktion kappt die Politik aber das Vorhaben: Statt vier sollen nur drei Linien kommen, die Strecke zum Flughafen stehe in Konflikt mit der geplanten U-Bahn 81 - das lässt die Planer der Rheinbahn nicht gut aussehen. Die Politik will zudem nicht nur informiert werden, wie es vorgesehen war, sondern einen Beschluss fassen - mit der Möglichkeit zu Eingriffen. Am 7. April gibt es nun eine Sondersitzung.